

■ Editorial

Wir können und müssen besser sein als die anderen!

Die Schweiz ist seit über 10 Jahren an den verschiedenen Forschungsrahmenprogrammen der EU (RP) beteiligt. Im Vorfeld der Diskussion über die Teilnahme der Schweiz am 7. RP ab Sommer 2006 ist es berechtigt, sich zu fragen, was dabei auf dem Spiel steht.

Rufen wir uns als erstes in Erinnerung, dass die Schweizer Forschenden – an Hochschulen und in der Wirtschaft – seit 2004 nicht nur einfache Projektteilnehmer sein können, sondern als gleichberechtigte Partner auch die Möglichkeit haben, die Koordination grosser Projekte zu übernehmen. In dieser Rolle haben sie einen echten Einfluss auf die Konzeption der Projekte und deren Leitung mit Partnern aus mehreren Ländern.

Die Meinungen über die Effizienz staatlicher oder supranational organisierter und finanzierter Forschungsförderung und deren Beitrag zur Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft gehen zum Teil auseinander. Doch es bleibt unbestritten, dass die Schweizer Hochschulen und Unternehmen in das internationale Wissenschaftsnetzwerk eingebunden sein müssen.

Die EU-Forschungsprogramme gehören zu den wichtigsten internationalen Wissenschafts- und Technologieplattformen. Die Schweiz als Kleinstaat hat daher keine Alternative, als dieses europäische Forschungsnetzwerk effizient zu nutzen. Es ist erfreulich, dass in wichtigen und gut dotierten Bereichen – etwa der Informationstechnologie, den Life Sciences, der Nanotechnologie, multifunktionalen Materialien oder neuen Produktionstechniken – die Schweizer Beteiligung weit über dem EU-Durchschnitt liegt. Gleichwohl gibt es aber noch Potenzial, um aus der Vollbeteiligung noch mehr heraus zu holen, sei es für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses oder um die KMU noch besser mit dem Nutzen der grenzüberschreitenden Forschung vertraut zu machen.

Für das 7. Rahmenprogramm hat die EU beschlossen, nicht nur stark in die angewandte Forschung zu investieren – wie bisher –, sondern über den Europäischen Forschungsrat (ERC) auch die Grundlagenforschung zu stärken. Die Mittel sollen um 50 Prozent erhöht und die administrativen Verfahren vereinfacht werden. Die Schweiz soll aufgrund ihres Bruttoinlandsprodukts 2,9 Prozent der Kosten übernehmen, was rund 340 Millionen Franken jährlich ausmachen würde. Für unsere Spitzenleute in der Innovation und Forschung an den Hochschulen und in der Industrie ist dies eine hervorragende Gelegenheit, sich dem Wettbewerb um diese Mittel zu stellen und zu zeigen, dass sie besser sind als die anderen.

Johannes Randegger
Nationalrat
Präsident des Politikerteams Future

■ 7. EU Forschungsrahmenprogramm

Die Investition lohnt sich

Europa macht in Sachen Forschung und Entwicklung vorwärts. Das 7. Europäische Forschungsrahmenprogramm (7. RP) wird dieses Jahr mit einem Gesamtbudget um die 50 Milliarden Euro für die Jahre 2007–2013 verabschiedet werden. Für die Schweiz stellt sich daher erneut die Frage nach dem Beteiligungsmodus: Volle Assoziierung oder projektweise Beteiligung?

Die EU hat beschlossen, die Mittel für F&E um rund 50 Prozent zu erhöhen – diese Aufstockung der Mittel muss auch von den assoziierten Ländern mitgemacht werden. Aus Spargründen scheint es daher verführerisch, dass sich die Schweiz wieder auf die projektweise Beteiligung zurückbesinnt. Diese Lösung ist aber nur scheinbar vorteilhaft. Der Bundesrat hat sich bereits gegen diese Option ausgesprochen – im Sommer 2006 wird er dem Parlament seine Botschaft zur EU-Forschung vorlegen.

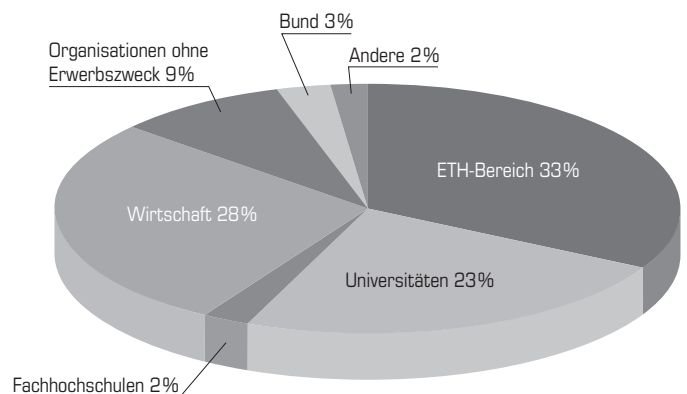
Hoher wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Nutzen

Seit Januar 2004 ist die Schweiz an das 6. RP voll assoziiert. Forschende aus der Schweiz sind damit gleichberechtigte Partner. Das heisst, ihnen stehen alle Teile des 6. RP offen und sie können an den Projekten nicht nur teilnehmen, sondern diese als Koordinator auch leiten. Diese Möglichkeiten haben bereits 47 Forschende genutzt. Der Betrag, welchen die Schweiz aufgrund des Assoziierungsabkommen als Pauschale nach Brüssel überweist – zur Zeit rund 230 Millionen CHF pro Jahr – dürfte von den Forschenden zum grössten Teil abgeholt werden.

Der Nutzen der Teilnahme am EU-Forschungsprogramm kann aber nicht nur am finanziellen Rückfluss gemessen werden. Die Evaluation der bisherigen Teilnahme zeigt insgesamt einen hohen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Wert. 77 Prozent der Teilnehmenden attestieren eine Verbesserung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und 90 Prozent betonen die Wichtigkeit, durch die Beteiligung Zugang zu State-of-the-

(Fortsetzung auf Seite 2)

6. EU-Forschungsrahmenprogramm (2003–2004) Schweizer Teilnahme nach Institution



Quelle: Staatssekretariat für Bildung und Forschung

Art-Wissen zu erhalten. 70 Prozent stellen eine Steigerung der Wettbewerbsvorteile fest und 38 Prozent haben neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln können (Quelle: Interface-Bericht, siehe unten).

Vorteile der Projektkoordination

Besonders wichtig ist für die Schweizer Forschenden die Möglichkeit, die Projektkoordination zu übernehmen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass bei Projekten, die in der Schweiz koordiniert werden, überdurchschnittlich viele CH-Partner im Konsortium vertreten sind, vor allem auch KMU, welche so einen einfachen Zugang finden. Das ist nicht zu vernachlässigen, denn Unternehmen erhalten so ihre Forschungsarbeiten zu 50 Prozent, im 7. Rahmenprogramm vermutlich sogar bis zu 75 Prozent vergütet.

Nachteile der projektweisen Teilnahme

Vor 2004 war die Schweiz nicht assoziiert. Forschende aus der Schweiz konnten an einzelnen Projekten teilnehmen, wurden für ihre Leistung aber nicht aus Brüssel, sondern direkt von der Eidgenossenschaft bezahlt. Allerdings war es Schweizer Forschenden damals nicht möglich, Projekte zu koordinieren, und einige Teile des Rahmenprogramms waren für die Schweiz überhaupt nicht zugänglich.

Aus der projektweisen Beteiligung im Jahr 2003 ergaben sich zusätzliche Probleme: Die anfänglich zur Verfügung gestellten Mittel reichten nicht aus, um die von Forschenden unterschriebenen Forschungsverträge zu erfüllen. Das Parlament musste einen Zusatzkredit bewilligen, um die Glaubwürdigkeit des schweizerischen Forschungsplatzes nicht aufs Spiel zu setzen.

Bei einer projektweisen Beteiligung hat die Schweiz zudem keine Mitsprache bei forschungspolitischen Entscheiden auf EU-Ebene und die so genannten Overhead-Kosten – Infrastruktur und Administration – sind nur ungenügend abgedeckt.

Olivier Küttel, Euresearch

► *Weitere Informationen: Staatssekretariat für Bildung und Forschung, Interface-Bericht, www.sbf.admin.ch/news/EFRP.pdf*

■ Prof. Dieter Imboden*

Forschungsbudgets: Die Schweiz muss wettbewerbsfähig bleiben

« Den Ausbau der EU-Forschungsförderung versteht die EU ausdrücklich als Zusatz zu den nationalen Anstrengungen zur Forschungsförderung. Ziel ist eine Stärkung des Forschungswettbewerbs zwischen den einzelnen Staaten. Die Schweiz ist gut vorbereitet, um im diesem Wettbewerb bestehen zu können. Für einen langfristigen Erfolg unseres Landes ist aber nötig, dass sich die Schweiz am 7. Forschungsrahmenprogramm voll beteiligt, und dass die Grundlagenforschung in der Schweiz weiter gestärkt wird. Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) muss daher noch vermehrt in die Nachwuchsförderung und in die Spitzenforschung hierzulande investieren können. »

**Präsident des Schweizerischen Nationalfonds (SNF)*

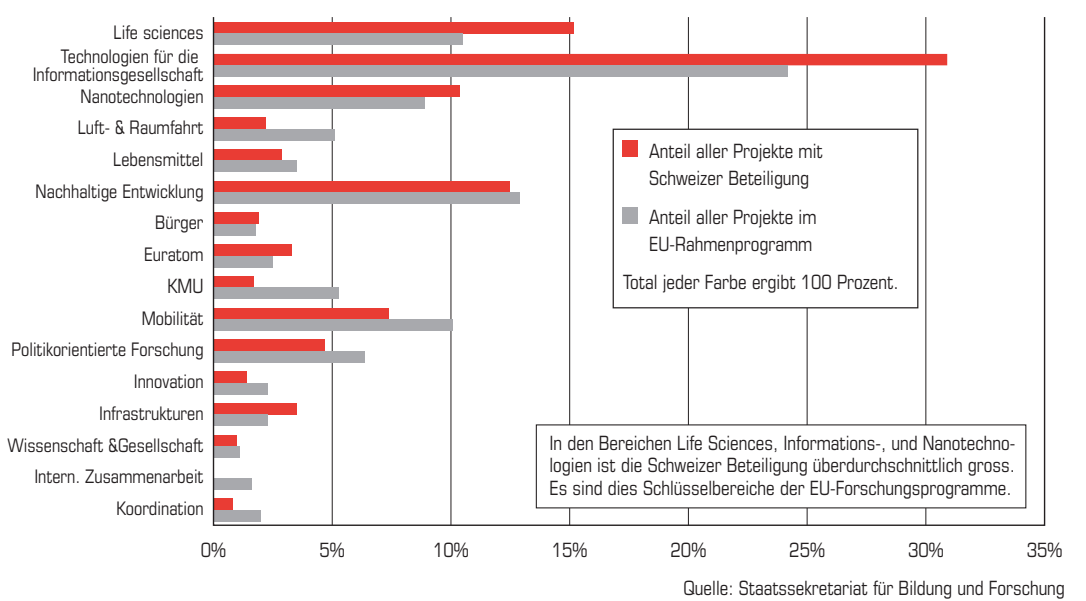
■ Prof. Rolf Zinkernagel, Nobelpreisträger*

Offener Wettbewerb unter den besten Forschenden

« Es ist wichtig, dass wir in Europa eine Art kontinentale Wissenschaftspolitik etablieren können, die von Wissenschaftlern formuliert und verantwortet wird. Ich will mich im ERC dafür einsetzen, dass wir der europäischen Grundlagenforschung ein solides Fundament geben und einen offenen Wettbewerb unter den besten Forschenden ermöglichen. In der Schweiz haben wir eine gute Ausgangslage. Die Schweizer Forschung ist genauso gut wie jene in den USA. Diese hohe Qualität hat man in den letzten 50 Jahren mit Hilfe des Nationalfonds und anderen Förderinstitutionen erreicht. »

**Mitglied des European Research Council (ERC)*

6. EU-Forschungsrahmenprogramm Vergleich der Schweizer und der EU Beteiligung nach Programm



Impressum

Netzwerk FUTURE
Thunstrasse 7, 3005 Bern
Tel. 031 356 53 51,
Fax 031 356 53 50
info@futureteam.info

© Netzwerk FUTURE 2006.
Wiederverwendung der Artikel
unter Quellenangabe erlaubt.

■ Nationaler Finanzausgleich

Vereinheitlichung der Stipendien tut not

In der Frühlingsession hat der Ständerat die Ausführungsgesetzgebung zur NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen) beraten. Einer der Streitpunkte war das Stipendienwesen. Der Ständerat folgt dem Bundesrat und der Kommissionmehrheit, die der Ansicht sind, dass die NFA-Ausführungsgesetzgebung nicht der richtige Ort für eine Diskussion der Stipendienpolitik in der Schweiz sei.

Die Akteure des Hochschulwesens in der Schweiz sind von der Entwicklung der Diskussion enttäuscht und erstaunt. Denn im Vernehmlassungsentwurf des Bundesrats seinerzeit waren Bestimmungen zur Vereinheitlichung des Stipendienwesens in der Schweiz vorhanden. Obwohl die Reaktionen auf diese durchwegs positiv ausgefallen waren, sind sie im jetzigen Stand der Beratung aus der Vorlage verschwunden.

Die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) formuliert daher ihre Erwartungen erneut:

1. In allen Kantonen müssen für die Vergabe von Ausbildungsbeiträgen einheitliche Bedingungen herrschen. Um diese Vereinheitlichung zu erreichen, sollen Bund und Kantone eine Vereinbarung schliessen.
2. Die öffentliche Hand soll Studierenden aus wirtschaftlich schlechten Verhältnissen ein Studium bis zum Masterabschluss ermöglichen.
3. Die Stipendienordnung darf die Mobilität nicht behindern.
4. Das seit den 1990 Jahren schrumpfende Engagement von Bund und Kantonen muss wieder erhöht werden.

Auch bei der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) herrscht kein Zweifel darüber, dass eine Vereinheitlichung im Stipendienwesen not tut. Und die beiden Dachverbände der Studierenden, der VSS und der VSH verlangen explizit, dass die Vereinheitlichung der Stipendienregelungen im Rahmen der NFA-Ausführungsgesetzgebung vorgenommen werde.

Das Geschäft geht noch Ende März 2006 in die zuständige Kommission im Nationalrat.

Die Hochschulangehörigen aller Ebenen – kantonale Behörden, Schulleitungen und Studierende – hoffen auf eine Kurskorrektur im Zweitrat.

■ Eidg. Volksabstimmung vom 21. Mai 2006

Letzte Hürde für Bildungsraum Schweiz

Acht Jahren nach der Lancierung einer parlamentarischen Initiative von Hans Zbinden hat das Parlament im Dezember 2005 fast einstimmig eine Reihe von neuen Artikeln zur Bildung in der Bundesverfassung verabschiedet, um ein altes Desiderat zu realisieren: die Harmonisierung des Bildungsraums Schweiz. Widerstand gegen die Vorlage wird von der Partei der Arbeit, von einigen Vertretern der SVP sowie vom Waadtländer Centre Patronal formuliert.

Den Auftakt zur Abstimmung machte eine Pressekonferenz von Bundesrat, Kantonen und Parlamentsvertretern am 23. Februar. Im April wird nun die eigentliche Ja-Kampagne unter der Federführung der SP lanciert. Einerseits wird ein überparteiliches interparlamentarisches Komitee gebildet, in dem SP, CVP, FDP, SVP, die liberale Partei, die EVP und die Grüne Partei vertreten sind. Andererseits wird die Verfassungsänderung von einem Organisationskomitee unterstützt. Dieses ist unter anderem zusammengesetzt aus:

- der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK),
- der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS),
- der Konferenz der Fachhochschulen (KFH),
- Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (SKPH),
- den Schweizerischen Wissenschaftlichen Akademien,
- den beiden Studierendenvertretungen VSS und VSH,
- dem Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH),
- *economiesuisse*,
- sowie den politischen Parteien SP, CVP, FDP, LP, SVP, Grünen, EDU und EVP.

Auch wenn bisher noch kein finanzielles Engagement in Aussicht steht, so schafft diese breite Unterstützung doch eine gute Ausgangslage für ein Ja am 21. Mai. Es wäre aber gefährlich, jetzt schon die Abstimmung für gewonnen zu halten. Der letzte Anlauf 1973 scheiterte knapp am Ständemehr. Der persönliche Einsatz der Parlamentarierinnen und Parlamentarier bleibt in diesem Abstimmungskampf unerlässlich. Nur so ist zu verhindern, dass auch dieser Anlauf zur Harmonisierung des Bildungsraums Schweiz – und damit acht Jahre Arbeit an der parlamentarischen Initiative – vergeblich bleiben.

SMS

■ Universitäten Bern und Freiburg planen Zusammenarbeit

Die Regierungsräte der Kantone Bern und Freiburg haben im Dezember 2005 die Universitäten Bern und Freiburg beauftragt, eine Zusammenarbeit im Bereich der Naturwissenschaften und der Medizin zu prüfen. Die beiden Rektoren setzen Mitte März 2006 eine Projektgruppe unter der Leitung von Marco Baggiolini, dem Präsidenten der Università della Svizzera italiana, ein. Diese Gruppe soll bis Ende 2006 verschiedene Szenarien entwickeln.

■ Kompetenzzentren der ETH genehmigt

Im Dezember 2005 hat der ETH-Rat die Business-Pläne der Kompetenzzentren «Energie und nachhaltige Mobilität», «Umwelt und Nachhaltigkeit» sowie «Materialwissenschaften und Technologie» genehmigt. Die Zentren werden in den nächsten zwei Jahren mit Mitteln der Strategischen Entwicklung unterstützt, welche im ETH-Bereich für die Jahre 2005–2007 geöffnet wurden.

■ Neuer Präsident der USI: Piero Martinoli

An seiner letzten ordentlichen Sitzung hat der Rat der Universität der italienischen Schweiz Professor Piero Martinoli einstimmig zum neuen Präsidenten und Nachfolger von Professor Marco Baggiolini gewählt. Prof. Martinoli, Ordinarius für Physik an der Universität Neuenburg und Mitglied des Universitätsrates seit 2003, wird sein Amt am 1. September 2006 antreten.

Agenda

■ 11. Mai 2006: Fachhochschulen Schweiz – Tag der Forschung

Zeitgleich finden an den sieben öffentlichen Fachhochschulen Präsentationen der Forschungsaktivitäten und -schwerpunkte statt. Am Vortag leitet eine nationale Kick-off-Veranstaltung in Bern in den Tag der Forschung ein. Sie bilanziert den Stand des Aufbaus der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung an den Schweizer Fachhochschulen, präsentiert Highlights aus den Forschungslabors und entwickelt Zukunftsperspektiven.

Weitere Informationen: www.kfh.ch

■ 11. Mai 2006, Kultur Casino Bern: Was bringt die europäische Forschung?

Startschuss zum 7. europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung 2007–2013, organisiert durch Euresearch.

Weitere Informationen: www.euresearch.ch/eventsFP7.html

Who's who

Bildung, Forschung, Innovation (BFI) Formation, recherche, innovation (FRI)

März/mars 2006

Parlament/Parlement

| | | | | | | |
|-------------------|-----------------------------------------------------------|-------------|----------------------------|--------------|----------------------|---------------|
| WBK – CSEC | Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur | Nationalrat | Präsidentin, Nationalrätin | Kathy Riklin | kathy.riklin@parl.ch | 044 210 32 38 |
| | Commission de l'éducation, de la science et de la culture | Ständerat | Präsidentin, Ständerätin | Anita Fetz | fetz@femmedia.com | 061 272 03 23 |

Hochschulen/Hautes écoles

| | | | | | | |
|----------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------|------------------------|-------------------------|---------------|
| CRUS | Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten Conférence des Recteurs des Universités Suisses | Postfach 607 3000 Bern 8 | Präsident, Recteur de l'Université de Lausanne | Jean-Marc Rapp | jean-marc.rapp@unil.ch | 021 692 20 11 |
| | | | designierter Präsident (ab 1.9. 2006), Rektor der Universität Zürich | Hans Weder | rektor@unizh.ch | 044 634 22 10 |
| | | | Generalsekretär | Mathias Stauffacher | stauffacher@crus.ch | 031 306 60 37 |
| | | | Secrétaire général adjoint | Werlen Raymond | raymond.werlen@crus.ch | 031 306 60 51 |
| KFH – CSSES | Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz Conférence suisse des hautes écoles spécialisées | Länggassstr. 23 Postfach 710 3000 Bern 9 | Präsident, Rektor der Fachhochschule Zentralschweiz | Markus Hodel | markus.hodel@fhz.ch | 041 228 42 41 |
| | | | Generalsekretär | Fredy Sidler | fredy.sidler@kfh.ch | 031 300 70 07 |
| SKPH – CSHEP | Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen Conférence Suisse des recteurs des hautes écoles pédagogiques | Thunstr. 43a 3005 Bern | Präsident, Rektor der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz | Viktor Abt | viktor.abt@fhnw.ch | 061 267 69 70 |
| | | | Generalsekretärin | Sonja Rosenberg | sonja.rosenberg@skph.ch | 031 350 50 20 |
| ETH-Rat – Conseil des EPF | Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen Conseil des Ecoles Polytechniques Fédérales | ETH Zentrum 8092 Zürich | Präsident | Alexander J.B. Zehnder | zehnder@ethrat.ch | 044 632 20 01 |
| VSS – UNES | Verband der Schweizer Studierendenschaften Union des étudiant-e-s de suisse | Laupenstr. 2 3001 Bern | Co-président | Guillaume Henchoz | info@vss-unes.ch | 031 382 11 71 |
| | | | Co-Präsidentin | Rahel Imoersteg | info@vss-unes.ch | 031 382 11 71 |
| VSH – AES | Verband der Schweizerischen Hochschulstudierendenschaften Association des Etudiants des Hautes Ecoles Suisses | Universitätsstr. 6 8092 Zürich | Présidente | Laetitia Heriot | president@aes-vsh.ch | 044 632 43 88 |

Förderinstitutionen/Agences d'encouragement

| | | | | | | |
|------------------|--------------------------------------------------------|----------------------------------------|-------------------------|----------------|-----------------|--------------------------------|
| SNF – FNS | Schweizerischer Nationalfonds Fonds national suisse | Wildhainweg 3 Postfach 3001 Bern | Präsident Forschungsrat | Dieter Imboden | dimboden@snf.ch | 044 632 73 47 031 308 22 16 |
| | | | Direktor | Daniel Höchli | gs@snf.ch | 031 308 22 14 |

| | | | | | | |
|-------------------|----------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------|------------------------------------------------|-------------------------------------------|------------------------------------------------------------------|--------------------------------|
| KTI – CTI | Förderagentur für Innovation L'agence pour la promotion de l'innovation | BBT – OFFT Effingerstr. 27 3003 Bern | Direktor | Christoph Caviezel | christoph.caviezel@bbt.admin.ch | 031 323 22 72 |
| Euresearch | Euresearch | Effingerstr. 19 Postfach 7924 3001 Bern | Präsidentin, Conseillère aux Etats Direktor | Christiane Langenberger Olivier Küttel | christiane.langenberger@parl.ch olivier.kuettel@euresearch.ch | 021 869 93 68 031 380 60 01 |

Instanzen/Institutions

| | | | | | | |
|-------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------|-----------------------------------------------|--------------------------------|
| SBF – SER | Staatssekretariat für Bildung und Forschung Secrétariat d'Etat à l'éducation et à la recherche | Hallwylstr. 4 3003 Bern | Secrétaire d'Etat | Charles Kleiber | charles.kleiber@sbf.admin.ch | 031 322 64 97 |
| BBT – OFFT | Bundesamt für Berufsbildung und Technologie Office fédérale de la formation professionnelle et de la technologie | Effingerstr. 27 3003 Bern | Direktorin | Ursula Renold | ursula.renold@bbt.admin.ch | 031 323 76 14 |
| SUK – CUS | Schweizerische Universitätskonferenz Conférence universitaire suisse | Sennweg 2 3012 Bern | Präsidentin, Bildungsdirektorin des Kantons Zürich Generalsekretär | Regine Aepli Nivardo Ischi | regine.aepli@bi.zh.ch nivardo.ischi@cus.ch | 043 259 11 11 031 306 60 60 |
| EDK – CDIP | Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique | Zähringerstr. 25 Postfach 5975 3001 Bern | Präsident, Erziehungsdirektor des Kantons St. Gallen designierte Präsidentin (ab 1.7. 2006), Erziehungsdirektorin des Kantons Freiburg | Hans Ulrich Stöckling Isabelle Cassot | info.edgs@sg.ch chassoti@etatfr.ch | 071 229 32 27 026 305 12 00 |

Wissenschaft und Gesellschaft/Science et société

| | | | | | | |
|--------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------|--------------------------------|----------------------------------------|---------------------------------------------------|--------------------------------|
| SAGW – ASSH | Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften Academie suisse des sciences humaines et sociales | Hirschengraben 11 Postfach 8160 3001 Bern | Präsidentin Generalsekretär | Anne-Claude Berthoud Markus Zürcher | anne-claude.berthoud@unil.ch zuercher@sagw.ch | 021 692 29 62 031 313 14 40 |
| SAMW – ASSM | Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften Academie Suisse des Sciences Médicales | Petersplatz 13 4051 Basel | Präsident Generalsekretärin | Peter M. Suter Margrit Leuthold | peter.suter@medecine.unige.ch leuthold@samw.ch | 022 379 75 15 061 269 90 30 |
| SATW – ASST | Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften Academie suisse des sciences techniques | Seidengasse 16 Postfach 8023 Zürich | Präsident Generalsekretär | René Dändliker Hans Hänni | daendliker@satw.ch haenni@satw.ch | 032 731 49 46 044 226 50 11 |
| ScNat | Schweizerische Akademie der Naturwissenschaften Academie suisse des sciences naturelles | Schwarztorstr. 9 3007 Bern | Präsident Generalsekretärin | Peter Baccini Ingrid Kissling-Näf | baccini@emeritus.ethz.ch kissling@scnat.ch | 041 910 32 74 031 310 40 20 |
| CASS | Council of the Swiss Scientific Academies Council of the Swiss Scientific Academies | Hirschengraben 11 Postfach 8160 3001 Bern | Präsident Generalsekretär | Willi Roos Markus Zürcher | wroos@dplanet.ch zuercher@sagw.ch | 062 772 03 66 031 313 14 40 |
| SWTR – CSST | Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat Conseil Suisse de la science et de la technologie | Inselgasse 1 3003 Bern | Präsidentin | Susanne Suter | susanne.suter@hcuge.ch | 022 382 45 02 |

FUTURE

Réseau d'information Science & Politique

mars 2006

■ Editorial

Nous pouvons et devons être meilleurs que les autres!

La Suisse participe depuis plus de 10 ans aux différents programmes-cadres de recherche de l'UE (PCRD). A la veille de la discussion sur le 7^e PCRD, discussion qui débutera cet été, il est légitime de se poser la question des enjeux de notre participation.

Rappelons tout d'abord que, depuis 2004, les chercheurs suisses – aussi bien des hautes écoles que de l'industrie – peuvent non seulement participer aux programmes européens, mais aussi, en tant que partenaires de plein droit, assumer la coordination de projets d'envergure. A ce titre, ils peuvent exercer une influence réelle sur la conception des projets et leur pilotage avec des partenaires issus de plusieurs pays.

Les avis divergent parfois sur l'efficacité de l'encouragement de la recherche par l'Etat et sur celle de l'encouragement financé ou organisé à l'échelon supranational. Il n'en reste pas moins incontestable que les hautes écoles et les entreprises suisses doivent faire partie des réseaux internationaux de la science.

Les programmes de recherche de l'UE font partie des plateformes internationales les plus importantes dans le domaine de la science et de la technologie. La Suisse, comme petit pays, n'a pas d'autre choix que de tirer parti efficacement des réseaux européens de la recherche. Il est réjouissant que la participation suisse soit nettement supérieure à la moyenne européenne dans certains domaines importants et bien dotés comme les technologies de l'information, les sciences de la vie, les nanotechnologies, les matériaux multifonctionnels ou encore les nouveaux procédés de production. Il reste toutefois possible d'exploiter encore davantage le potentiel de la participation de plein droit, que ce soit dans la formation de la relève scientifique ou à travers une plus grande implication des PME helvétiques dans des projets internationaux.

Pour son 7^e PCRD, l'UE a décidé de consacrer des investissements très importants non seulement à la recherche appliquée (selon le principe de continuité), mais aussi à la recherche de base au travers de l'European Research Council (ERC). Il est prévu d'augmenter les moyens de 50% et de simplifier les procédures administratives. La Suisse devrait contribuer à cet effort à hauteur de 2,9% de son PIB, ce qui correspondrait à environ 340 millions de francs par année. Pour nos champions de l'innovation et de la recherche dans les hautes écoles et dans l'industrie, il s'agit là d'une superbe opportunité de prouver, dans la compétition pour l'obtention de ces subsides, qu'ils sont meilleurs que les autres.

Johannes Randegger
Conseiller national
Président du Team politique FUTURE

■ 7^e programme-cadre européen

Un investissement qui se justifie

L'Europe va de l'avant dans le domaine de la recherche et du développement. Le 7^e programme-cadre de recherche et développement (7^e PCRD) de l'UE sera doté cette année d'un budget global de quelque 50 milliards d'euros pour les années 2007 à 2013. Pour la Suisse, une question se pose donc une nouvelle fois: faut-il participer à ce programme-cadre de plein droit ou s'en tenir à une participation par projet?

L'UE a décidé d'augmenter de 50% environ les moyens financiers consacrés à la R&D. Les pays associés sont tenus d'en faire de même. On pourrait dès lors être tenté, pour des raisons d'économies, de retourner au modèle de la participation par projet. Mais cette solution n'est avantageuse qu'à première vue. Le Conseil fédéral a déjà exprimé son opposition à une telle option. Cet été, il soumettra au Parlement son message sur la recherche de l'UE.

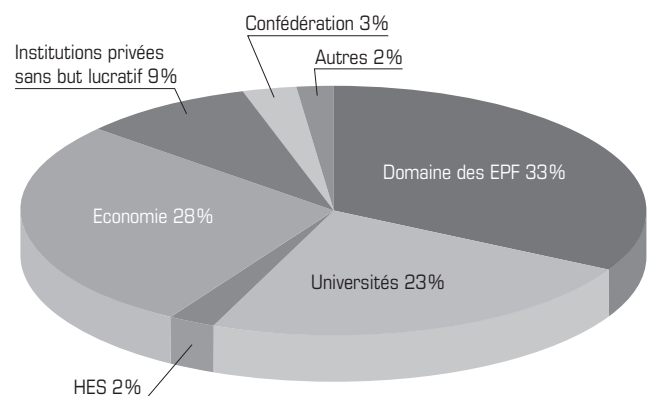
Retombées économiques et scientifiques

Depuis janvier 2004, la Suisse participe de plein droit au 6^e programme-cadre. Les chercheurs de notre pays sont considérés comme des partenaires à part entière, dotés des mêmes droits que leurs confrères européens. Cela signifie que toutes les activités du 6^e PCRD leur sont ouvertes et qu'ils peuvent non seulement participer à des projets, mais aussi les piloter en tant que coordinateurs. A ce jour, 47 chercheurs ont déjà profité de ces possibilités. La majeure partie du montant forfaitaire que la Suisse verse à Bruxelles sur la base de l'accord d'association – montant qui s'élève actuellement à 230 millions de francs par an – devrait être compensée par des flux financiers de Bruxelles vers la Suisse.

Toutefois, on ne saurait mesurer l'apport de la participation à un programme européen à l'aune de ses seules retombées financières. L'évaluation des participations suisses jusqu'à ce jour fait ressortir une importante valeur ajoutée d'ordre scientifique et économique. 77% des participants déclarent que les projets de l'UE les ont rendus plus com-

(Suite en page 2)

6^e programme-cadre de recherche de l'UE (2003–2004) Participations suisses par institution



Source: Secrétariat d'état à l'éducation et à la recherche

pétitifs sur le plan scientifique et 90% soulignent l'importance d'avoir ainsi eu accès à un savoir correspondant à l'«état de l'art» actuel. 70% des participants constatent un renforcement de leurs avantages concurrentiels et 38% ont pu développer de nouveaux produits et de nouvelles prestations (source: rapport Interface, voir en fin d'article).

Les avantages de la coordination de projet

Il est particulièrement important, pour les chercheurs suisses, d'avoir la possibilité de coordonner des projets. L'expérience montre en effet que les projets coordonnés en Suisse donnent lieu à une présence helvétique supérieure à la moyenne dans les consortiums de projet. Ce constat vaut en particulier pour les PME, qui trouvent ainsi un accès aisé à la recherche européenne. Cet élément a son importance quand on sait que les prestations de recherche des entreprises sont rémunérées à hauteur de 50%, part qui atteindra peut-être 75% dans le cadre du 7^e PCRD.

Les désavantages d'une participation par projet

Avant 2004, la Suisse n'avait pas le statut de pays associé. Les chercheurs helvétiques avaient la possibilité de participer à des projets, mais leurs prestations étaient directement financées par la Confédération et non pas par Bruxelles. Cependant, ils n'avaient pas le droit de coordonner des projets et ils ne pouvaient pas participer à certaines activités du programme-cadre.

Un autre problème lié à la participation par projet s'est encore posé en 2003: les moyens financiers initialement mis à disposition se sont avérés insuffisants pour couvrir tous les contrats de recherche conclus par des chercheurs suisses. Conséquence: le Parlement a dû approuver un crédit complémentaire pour que la crédibilité de la place scientifique suisse n'en souffre pas.

En outre, dans le cadre d'une participation par projet, la Suisse ne peut influencer sur les décisions de l'UE en matière de politique de la recherche et les coûts dits «overhead» – à savoir les coûts d'infrastructure et d'administration – ne sont pas suffisamment couverts.

Olivier Küttel, Euresearch

► Pour en savoir plus: Secrétariat d'Etat à l'éducation et à la recherche, rapport Interface, www.sbf.admin.ch/eu_evaluation/eu_eval-f.html

■ Position du Prof. Dieter Imboden*

Budgets de la recherche: la Suisse doit rester compétitive

« L'UE considère explicitement la consolidation du budget en faveur de la recherche comme un programme complémentaire aux efforts nationaux. Elle entend ainsi accroître la concurrence entre les places scientifiques des Etats membres. La Suisse est bien préparée pour faire face à ce défi, mais elle ne pourra rester compétitive qu'à certaines conditions. D'une part, la recherche suisse doit pouvoir participer pleinement au 7^e programme-cadre européen. D'autre part, la Suisse doit continuer à renforcer son propre encouragement de la recherche fondamentale. Le FNS doit dès lors avoir les moyens d'investir davantage dans la relève scientifique et la recherche de pointe. »

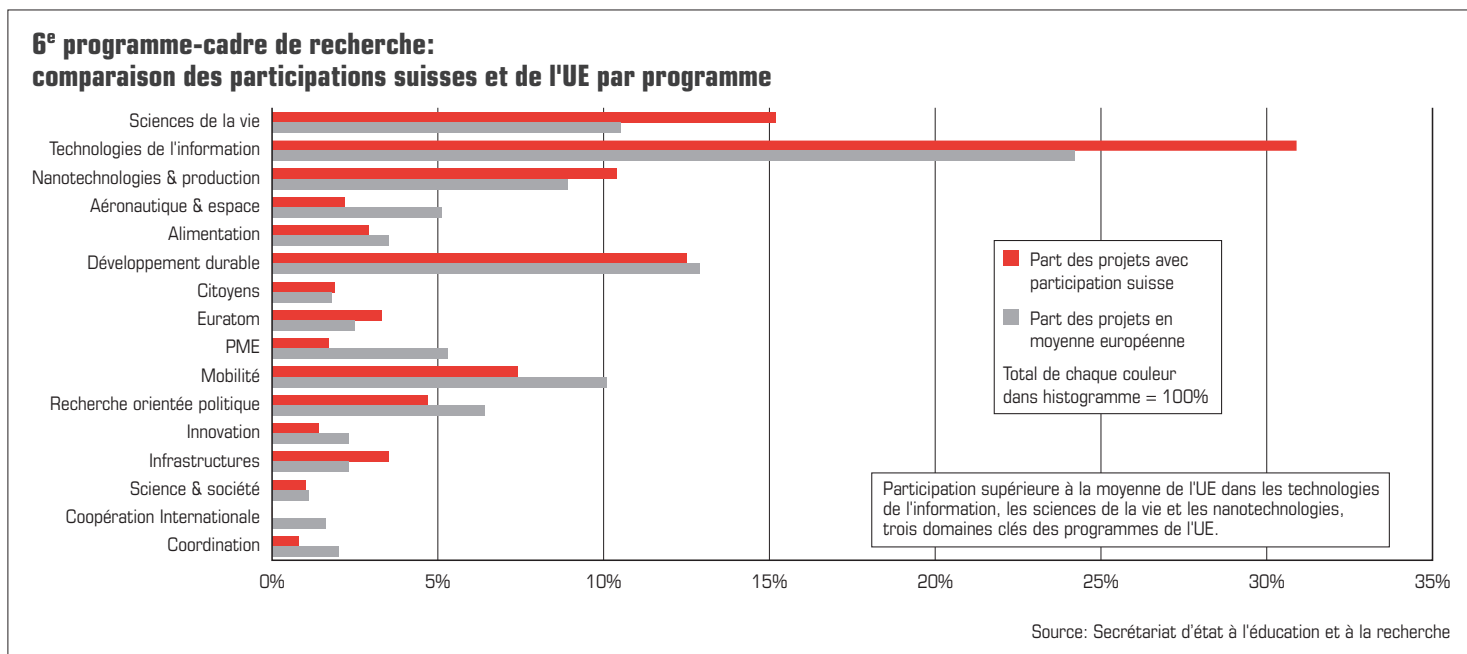
*Président du Fonds national suisse (FNS)

■ Position du Prof. Rolf Zinkernagel, prix Nobel*

Pour une concurrence ouverte entre les meilleurs chercheurs

« Il est important que nous réussissions à établir ici, en Europe, une politique scientifique continentale dont les scientifiques assument la définition et la responsabilité. J'entends m'engager au sein de l'ERC pour offrir une base solide à la recherche fondamentale en Europe et pour promouvoir une concurrence ouverte entre les meilleurs chercheurs. La position de départ de la Suisse dans ce contexte est bonne. La recherche suisse est tout aussi compétitive que celle des Etats-Unis. Nous avons réussi à atteindre ce haut niveau de qualité au cours des cinquante dernières années grâce à l'encouragement du Fonds national et d'autres institutions. »

*Membre du Conseil européen de la recherche (ERC)



■ Nouvelle péréquation financière

Bourses d'études: harmonisation indispensable

Au cours de la session de printemps, le Conseil des Etats traitera la législation d'exécution concernant la nouvelle péréquation financière. Les bourses d'études constituaient l'un des points de débat. Le Conseil des Etats a choisi de suivre l'avis du Conseil fédéral et de la majorité de la commission: la nouvelle péréquation financière ne constitue pas le cadre adéquat pour une discussion de fond sur la politique des bourses.

Les acteurs du paysage suisse de la formation supérieure se sont montrés étonnés et déçus de la tournure de la discussion. Dans un premier temps, le projet mis en consultation par le Conseil fédéral prévoyait en effet des dispositions visant à harmoniser le secteur des bourses d'études. Or, on n'en retrouve plus trace au stade actuel des délibérations, et ce, en dépit des réactions positives suscitées par le projet initial.

Face à cette situation, la Conférence des recteurs des universités suisses (CRUS) réaffirme ses attentes, à savoir:

1. Les conditions régissant l'octroi des bourses d'études doivent être harmonisées dans tous les cantons. Pour permettre cette harmonisation, la Confédération et les cantons devraient conclure une convention.
2. La main publique doit permettre aux étudiants issus de milieux défavorisés économiquement de suivre des études jusqu'au niveau du master.
3. Le système des bourses ne doit pas créer des entraves à la mobilité.
4. L'engagement financier de la Confédération et des cantons dans ce domaine, en baisse depuis les années 1990, doit être renforcé.

Du côté de la Conférence des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP) également, il ne fait aucun doute qu'une harmonisation du secteur des bourses est indispensable. Quant aux deux associations d'étudiants que sont l'UNES et l'AES, elles demandent explicitement aux parlementaires de revoir leur copie. Pour elles, l'harmonisation des bourses doit avoir lieu dans le cadre de la nouvelle péréquation financière.

Cet objet sera transmis à la commission compétente du Conseil national avant la fin du mois de mars 2006.

Tous les acteurs concernés – autorités cantonales, rectorats et étudiants – souhaitent que la Chambre basse modifie le projet dans leur sens.

■ Votation populaire du 21 mai 2006

Dernier obstacle pour les articles constitutionnels

Huit ans après une initiative parlementaire de Hans Zbinden, le Parlement a approuvé presque à l'unanimité, en décembre 2005, une série de nouveaux articles constitutionnels sur l'éducation qui devraient permettre de réaliser une vieille idée: harmoniser l'espace suisse de la formation. L'opposition à ce projet vient du Parti du travail, de certains représentants de l'UDC ainsi que du Centre Patronal. Une conférence de presse du Conseil fédéral, des cantons et de représentants du Parlement le 23 février dernier a marqué le lancement de la campagne de votation. Une campagne en faveur du «oui» conduite par le PS démarra en avril. En outre, un comité interparlementaire regroupant le PS, le PDC, le PRD, l'UDC, le Parti libéral, le Parti évangélique suisse et le Parti écologiste suisse est en passe d'être constitué. Les nouveaux articles constitutionnels bénéficieront également du soutien d'un comité d'organisation composé entre autres de:

- la Conférence des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP),
- la Conférence des recteurs des universités suisses (CRUS),
- la Conférence suisse des hautes écoles spécialisées (CSHES),
- la Conférence suisse des recteurs des hautes écoles pédagogiques (CSHEP),
- les Académies scientifiques suisses,
- les associations d'étudiants UNES et AES,
- economiesuisse,
- ainsi que les partis politiques PS, PDC, PRD, PL, UDC, PES, UDF et PEV.

Ce large soutien peut laisser entrevoir un «oui» le 21 mai prochain, en dépit du fait qu'aucun engagement financier en faveur de la campagne n'ait été pris à ce jour. Il serait toutefois dangereux de tenir l'issue de cette votation pour certaine. On se souvient en effet qu'en 1973, un projet allant dans la même direction n'avait pas passé l'écueil de la majorité des cantons. L'engagement personnel des parlementaires dans cette campagne est donc indispensable pour faire aboutir cette nouvelle tentative d'harmonisation de l'espace suisse de la formation et les huit années de travail qui nous sépare de l'initiative parlementaire de Hans Zbinden.

SMS

■ Les Universités de Berne et Fribourg veulent collaborer

Les Conseils d'Etat des cantons de Berne et Fribourg ont mandaté en décembre 2005 leurs universités pour étudier les modalités d'une collaboration dans les domaines des sciences et de la médecine. Les deux recteurs ont créé en mars 2006 un groupe de projet qui devra développer jusqu'à la fin de 2006 différents scénarios sous la direction de Marco Baggolini, président de l'Università della Svizzera italiana.

■ Centres de compétences des EPF approuvés

En décembre 2005, le Conseil des EPF a approuvé les plans d'exploitation des centres de compétences «Energie et mobilité durable», «Environnement et durabilité» et «Matériaux et technologie». Les centres seront soutenus en 2006 et 2007 à l'aide des moyens réservés au domaine des EPF pour le développement stratégique des années 2005–2007.

■ Nouveau président de la USI: Piero Martinoli

Lors de sa dernière séance ordinaire, le Conseil de l'Université a désigné à l'unanimité le professeur Piero Martinoli en tant que successeur du professeur Marco Baggolini à la présidence de l'Université de la Suisse italienne (USI). Piero Martinoli, professeur ordinaire de physique à l'Université de Neuchâtel et membre du Conseil de l'Université depuis 2003, assumera sa charge à partir du 1^{er} septembre 2006.

Agenda

■ 11 mai 2006: Hautes écoles spécialisées suisses – Journée de la recherche

Les sept HES de Suisse présenteront simultanément leurs activités et leurs pôles de recherche le 11 mai 2006. La veille, une conférence nationale donnera le coup d'envoi de la Journée de la recherche. Elle permettra de tirer un bilan de la mise en place des activités de recherche appliquée et développement dans les HES, présentera les meilleures réussites des laboratoires de recherche et esquissera des perspectives pour l'avenir dans ce domaine.

Pour en savoir plus: www.kfh.ch

■ 11 mai 2006, Kultur Casino, Berne: Que nous apporte la recherche européenne?

Coup d'envoi de la campagne d'Euresearch sur le 7^e programme-cadre de recherche et développement de l'UE (2007–2013).

Pour en savoir plus: www.euresearch.ch/eventsFP7.html
